

Wochenendseminar 2./3. Dezember 2017 „Tarifvertrag im Verteilungskampf“. Das sind unsere Themen:

Nur die Reichen werden reicher

Die soziale Ungleichheit in Deutschland nimmt seit Jahren zu. Abzulesen ist das an den Veränderungen der Einkommens- und Vermögensverteilung: Inzwischen verfügen die reichsten zehn Prozent der Deutschen über zwei Drittel des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte geht völlig leer aus. Für das Jahresgehalt eines Vorstandsmitglieds eines Dax-Konzerns müsste ein Normalverdiener mehr als 150 Jahre arbeiten.

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): „Im Durchschnitt sind die deutschen Reallöhne heute kleiner als 1990. (...) Im gleichen Zeitraum ist jedoch die Wirtschaftsleistung pro Kopf in Deutschland um mehr als 25 Prozent gestiegen.“

Gerade die Bezieher von niedrigem Einkommen sind besonders stark betroffen: Sie haben in den letzten zwanzig Jahren einen Verlust bei ihren Realeinkommen zwischen vier und sieben Prozent verzeichnet. Betroffen sind davon rund 40 Prozent aller Beschäftigten.

Unsichere Beschäftigung ist für viele Alltag

Prekäre Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Scheinselbständigkeit, Werkvertragskonstruktionen und Befristungen sind Alltag für viele Beschäftigte. Wer die Arbeit verloren hat, spürt sehr schnell die harten Folgen von Hartz IV. Der Absturz aus „gesicherten Verhältnissen“ in den freien Fall mit Zwang zur Annahme fast jeder Beschäftigung kann sehr schnell gehen.

Die ungerechte Verteilung ist Ergebnis politischer Entscheidungen

Diese Entwicklungen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Folgen einer veränderten Machtbalance in der Gesellschaft und von politischen Weichenstellungen zu Lasten von Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Rentnern.

Verteilungspolitik basiert zum einen auf Entscheidungen zur Steuerpolitik, zum Beispiel durch Verzicht auf höhere Spitzensteuern und die Einführung einer Vermögenssteuer.

Umverteilung durch Tarifvertrag?

Verteilungspolitik ist aber auch eine ureigene Aufgabe der Gewerkschaft als Tarifpartei. Mit tariflichen Lohnerhöhungen können erhebliche Umverteilungseffekte erzielt werden. Jedes Prozent Lohnerhöhung hat über alle Branchen hinweg bei rund 20 Millionen tariflich bezahlten Beschäftigten einen Effekt von rund sieben Milliarden Euro.

Das klingt viel. Aber zur Wahrheit gehört auch: Wir sind über einen langen Zeitraum hinter dem geblieben, was eigentlich erforderlich wäre, um wenigstens Schritt zu halten mit den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Darüber können die relativ guten Tarifabschlüsse der letzten Jahre nicht hinwegtäuschen. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist seit dem Jahr 2000 von 72,9 auf 68,8 Prozent in 2016 gesunken.

Um diesen Prozess aufzuhalten, reicht es auf Dauer nicht aus, nur die allgemeinen Preissteigerungen durch Tarifierhöhungen zu kompensieren. Wenn es nicht gelingt, den Verteilungsspielraum zu nutzen, der sich aus steigender Produktivität ergibt, wird die Lohnquote weiter sinken. Um den Trend umzukehren, müsste sogar eine zusätzliche Umverteilungskomponente in die Abschlüsse einfließen.

Tarifpolitik unter Druck

Für unsere relative tarifpolitische Schwäche gibt es Gründe: Nachlassende Tarifbindung durch Flucht vieler Arbeitgeber aus Tarifverträgen, Spaltung der Belegschaften in Stammbeslegschaft und Leiharbeiter, Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition durch unzureichenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad.

Gleichzeitig nimmt der politische Druck auf die tariflichen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften zu: Seitens der EU-Kommission wird das System der Flächentarifverhandlungen in Frage gestellt. Stattdessen wird eine betriebliche Lohnfindung favorisiert, die sich nicht mehr an gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen orientiert. Das wäre das Ende einer solidarischen Lohnpolitik, die auch „im Geleitzug“ möglichst die Beschäftigten aller Branchen an der Lohnentwicklung teilhaben lässt.

Auch Beschränkungen des Streikrechts werden weiter diskutiert: Nach den Einschränkungen, die bereits das sog. Tarifeinheitsgesetz gebracht hat, wird aus Brüssel und aus München immer wieder die Forderung erhoben, Streiks müssten Tage im Voraus angekündigt werden, um die Folgen so gering wie möglich zu halten. Dann wäre unser Streikrecht endgültig ein zahnlöser Tiger.

Auch ganz praktische Fragen wollen wir ansprechen: Welchen Effekt haben eigentlich Einmalzahlungen und sogenannte Nullmonate? Stimmt unsere Losung: „Alle Kraft in die Tabelle“? Was ist dran an der These, dass die allgemeine Produktivitätsentwicklung trotz Einsatz von Computern und Robotern zurückgeht?

Welche Folgen hat das Ergebnis der Bundestagswahl?

Und nicht zuletzt blicken wir auch auf die neue Bundesregierung. Welche Koalition auch immer das Ruder übernimmt: Es gibt klare Forderungen von uns an die Politik:

- Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns war ein Erfolg gewerkschaftlicher Politik. Er muss aber deutlich erhöht werden, um ihn nicht zum Armutslohn zu machen.
- Die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) von Tarifverträgen muss erleichtert werden. Es darf nicht sein, dass der Spitzenverband der Arbeitgeber die AVE blockieren kann, wenn die Tarifvertragsparteien einer Branche sich über die Notwendigkeit einer AVE einig sind.
- Die Nachwirkung von Tarifverträgen muss gestärkt und Tariffucht gesetzlich verboten werden.